

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1 - 2	Ein Jahr vor der Bundestagswahl ----- Eine Zwischenbilanz nach zehn Landtagswahlen Von Franz Banzig	75
3	Gewerkschaften und Bundeswehr ----- Beide sind aufeinander angewiesen	66
4	Mailand ----- Zum Urteil im Sprengstoff-Prozess	26
5	Der Gabriel-Plan funktioniert ----- Entschädigung für die Inhaber von unrentablen Bauernhöfen	26
5 - 6	"Zwischen Marxismus und Liberalismus" ----- Alte Weisen im spanischen Städteparlament	75

* * *

Zur Zeit verantwortlich: Albert Exler

Ein Jahr vor der Bundestagswahl

Eine Zwischenbilanz nach zehn Landtagswahlen

Von Franz Barsig

Obwohl es bis zu den Bundestagswahlen noch rund 1 1/4 Jahr Zeit hat, wird keine Partei ernsthaft bestreiten wollen, daß die Vorbereitungsarbeiten bereits begonnen haben. Alle Parteien sind dabei, Zwischenbilanzen zu ziehen und die Ausgangspositionen einzuschätzen.

Auch die Sozialdemokratische Partei tut das, und sie kann feststellen, daß ihre Ausgangsposition im Jahre 1964 für die Bundestagswahl 1965 wesentlich besser ist, als es im Jahre 1960 für die damalige Bundestagswahl von 1961 der Fall war.

Dafür gibt es zwei wesentliche Kriterien. Einmal die Meinungsforschung und zum anderen die effektiven Ziffern aus den Zwischenwahlen.

Bei der Meinungsforschung ergibt sich ein völlig anderes Bild als in den vergangenen Legislaturperioden. In den früheren Perioden hatte die SPD etwa in der Mitte der Legislaturperiode die CDU/CSU in der Gunst der Wähler eingeholt, aber kurze Zeit darauf begann sich die Schere wieder zu Ungunsten der SPD zu öffnen. Diesmal haben wir es mit einem ganz anderen Kurvenbild zu tun, denn schon seit Monaten gibt es in der Sympathie der Wähler ein Kopf-an-Kopf-Rennen der Parteien, wobei in dem einen Monat die eine große Partei ein oder zwei Punkte besser liegt, in dem anderen ist es wieder umgekehrt.

Noch wesentlicher aber ist das, was die effektiven Zahlen ergeben. Hier kann man einmal die Ergebnisse der Landtagswahlen der Periode 1957 bis 1960 mit denen der Jahre 1961 bis 1964 vergleichen, zum anderen ist auch ein Vergleich der Landtagswahlergebnisse mit denen der Bundestagswahl von 1961 zulässig.

Bei den Landtagswahlziffern muß man dabei von 10 Bundesländern ausgehen, weil es Berliner Vergleichszahlen gibt, bei der Bundestagswahl hingegen ist nur ein Vergleich mit 9 Bundesländern möglich. Und schließlich ist darauf hinzuweisen, daß man bei den bayerischen Landtagswahlergebnissen die Stimmzahlen jeweils halbieren muß, da bei den Landtagswahlen in Bayern ein Zweistimmensystem üblich ist. Der

Grad der Abweichung zwischen Erst- und Zweitstimme beträgt aber nur Bruchteile von Prozenten, so daß diese Rechenmethode durchaus zulässig ist.

Darack ist festzustellen:

1. Nach den zehn Landtagswahlen seit der Bundestagswahl von 1961 ist die SPD die wählerstärkste Partei. Sie hat 2 439 100 Wähler, die CDU/CSU nur 12 016 750 .
2. Im Vergleich der beiden Landtagswahlperioden hat die SPD den höchsten absoluten Stimmengewinn zu verzeichnen. Sie nahm um 1 264 430 Stimmen zu, die CDU erreichte knapp 1/3 dieses Gewinnes, nämlich 457 800 Stimmen, die FDP hat nur ein Mehr von 325 850 Stimmen.
3. Im Vergleich zur Bundestagswahl von 1961 ist die SPD die einzige Partei, die trotz geringer Wahlbeteiligung absolute Stimmengewinne erzielen konnte. Ihr Gewinn beträgt 243 700 Stimmen, die CDU/CSU verlor 2 451 450 Stimmen, die FDP hat einen Verlust von 1 625 400 Stimmen zu verzeichnen.
4. In Prozenten verbesserte sich die SPD im Vergleich der beiden Landtagswahlperioden um 4,2 gegenüber der Bundestagswahl um 6,2 Prozent. Die CDU verbesserte sich im Vergleich der Landtagswahlen nur um 0,7 Prozent, verlor aber gegenüber der Bundestagswahl 1,9 Prozent. Die FDP hat gegenüber den Landtagswahlen zwar einen kleinen Gewinn von 1,2 Prozent, gegenüber der Bundestagswahl aber einen Verlust von 4,6 Prozent zu verzeichnen.

Für die SPD ist es also beruhigend zu wissen, daß sie mit einer solch guten Ausgangsposition in die Wählerseinerersetzung für das Jahr 1965 hineingehen kann, zumal auch die Kommunalwahlen für sie große Erfolge gebracht haben, wobei sie, wie beispielsweise in Augsburg der CSU das letzte Oberbürgermeistermandat abnahm, aber sich auch in Gegenden durchsetzen konnte, die früher sozusagen Erbteile der anderen großen Partei waren, wie beispielsweise Passau/Land, Rothenburg o.d.T., Freiburg usw.

Gewerkschaften und Bundeswehr

Beide sind aufeinander angewiesen

Dr. M.G. - Daß die Gewerkschaften mehr sind als nur eine Vereinigung zur Wahrung wirtschaftlicher und sozialer Interessen der Arbeitnehmer, offenbarte die Tatsache, daß dieser Tage der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg und Verteidigungsminister Kai Uwe von Hassel drei Stunden einen Gedankenaustausch über "weitreichende und grundlegende" Probleme führten. Man geht sicherlich nicht fehl in der Annahme, daß die vom Wehrbeauftragten, Vizeadmiral a.D. Hoyer, in seinen Veröffentlichungen geäußerte Kritik breiten Raum einnimmt. Darauf deutet u.a. die Teilnahme von Bundesvorstandsmitglied Waldemar Reuter hin, in dessen Aufgabenbereich der Kontakt zur Bundeswehr gehört.

Diese Zusammenkunft hat ihre volle Berechtigung, weil der Einsatz der Gewerkschaften für die Sicherung demokratischer Rechte nichts Neues ist. Man wird nicht ernsthaft bezweifeln können, daß die Abkapselung der Bundeswehr zu einem Fremdkörper innerhalb unseres Staates auch die Gewerkschaften auf den Plan rufen müßte. Denn es ist eine unumstößliche Lehre der Vergangenheit, daß die schweren Spannungen zwischen demokratischer Arbeiterschaft und bewaffneter Macht die Geschichte unseres Volkes äußerst verhängnisvoll beeinflussen haben.

Heutzutage sind die Streitkräfte eine Institution des demokratischen Staates. Aus diesen Gründe müssen die Gewerkschaften ihnen gegenüber eine andere Haltung einnehmen als etwa zur Zeit Kaiser Wilhelm II. Die Bundeswehr mit der Reichswehr oder der kaiserlichen Armee auf eine Stufe zu stellen, könnte verhängnisvolle Folgen heraufbeschwören. Auch die Bundeswehr verdient ein gerechtes Urteil. Sie rechte Fliegen zu lassen, würde lediglich jenen Auftrieb verschaffen, deren in die Vergangenheit gerichteter Blick von den Notwendigkeiten zeitgemäßer Führungsmethoden noch nicht getrübt worden ist. Natürlich haben die vom Wehrbeauftragten vorgetragene Befürchtungen die Gewerkschaften mit Sorge erfüllt. Daß dies für sie kein Anlaß zur Resignation ist, wird durch das Gespräch mit dem Verteidigungsminister dezentrativ unterstrichen.

Die Gewerkschaftsführer haben längst erkannt, daß Militarismus und Existenz einer Armee nicht miteinander identisch zu sein brauchen. Damit wurde ein Tabu überwunden, das jahrzehntelang in weiten Kreisen der Arbeiterschaft herrschte. Dies war umso eher möglich, als nach dem zweiten Weltkrieg zunächst der zivile Apparat entstand und erst Jahre später die Bundeswehr aufgebaut wurde. Dadurch gewann das zivile Leben gegenüber dem militärischen einen deutlichen Vorsprung. Und es war bestimmt kein Fehler, daß viele der heutigen Berufsoffiziere in Betrieben oder Behörden mit den Problemen der Arbeitnehmer in Berührung kamen.

Diese Entwicklung steht im Gegensatz zu den historischen Tatsachen nach 1918. Die Voraussetzungen für ein besseres Ver-

hältnisse sind deshalb heute weitaus besser, das ist unsso notwendiger, als beide letztlich an einem Strang gleichartiger Interessen ziehen. Die Gewerkschaften kämpfen für den sozialen Fortschritt und verkörpern ein mächtiges Bollwerk gegen die Feinde der Demokratie im Innern des Landes. Die Bundeswehr hingegen ist die Schutzmacht gegen äußere Feinde der Bundesrepublik und ihrer demokratischen Einrichtungen. Daß das Einkommen zum demokratischen Rechtsstaat und seine Verteidigung gegen Despoten jeder Art und Herkunft übereinstimmendes Anliegen von Bundeswehr und Gewerkschaften ist, findet seinen Ausdruck darin, daß Ludwig Rosenberg und General Baudissin in der diesjährigen Feiertunde in Bonn anlässlich des 20. Juli 1944 die Gedenksprachen hielten.

Selbst für die Erfüllung der Aufgaben, die der Inneren Führung der Bundeswehr obliegen, sind die Gewerkschaften von Bedeutung. Wenn es den in der Bundeswehr dienenden jungen Menschen an staatsbürgerlichem und demokratischem Bewußtsein fehlt, wird der Staatsbürger in Uniform nie mit Leben erfüllt; denn dieser hat den Staatsbürger in Zivil zur Vorbildung. Die große Zahl staatsbürgerlicher Bildungsmöglichkeiten der Gewerkschaften, die von ihren jungen Mitgliedern wahrgenommen werden, sollten die Pläne der Inneren Führung als Aktivposten in Rechnung stellen. Aus diesen Erwägungen sind Gewerkschaften sowie Bundeswehr gut beraten, ihre Gespräche fortzusetzen.

+ + +
Mailand

sp. Die Urteile im Mailänder Sprengstoff-Prozess sind milder ausgefallen als zu Prozeßbeginn befürchtet worden war, aber immerhin noch hoch genug, um spätere Gnadenurteile zu rechtfertigen. Die Verhandlungsführung bewährte sich um ein Höchstmaß an Objektivität und zeigte Verständnis gegenüber den 9 Angeklagten. Es fällt auf, daß die Angeklagten österreichischer Nationalität höhere Strafen erhielten als die Südtiroler. Wichtige Punkte der Anklage, wie die des Landesverrats und des Versuchs, Südtirol von Italien zu trennen, waren in der zweiten Phase des Prozesses fallengelassen. Die Verurteilten glaubten, mit Sprengstoffanschlägen auf Telegrafmasten und Eisenbahnanlagen die Weltöffentlichkeit auf die unbefriedigende Lage in Südtirol aufmerksam machen zu müssen, ein gewiß unethisches Mittel. Verbesserungen zu erwirken. Gegen solche Methoden setzt sich schon aus Gründen der Selbsterhaltung jeder Staat zur Wehr. Noch während des Prozesses kamen österreichische und italienische Regierungsdelegationen zu Beratungen zusammen. Wenn nicht alles hässlich, ist seitdem doch eine gewisse Beruhigung eingetreten, die Heißsporne auf beiden Seiten in Südtirol kommen nicht mehr recht zur Geltung. Es ist wohl zu erwarten, daß die Verhandlungen zwischen Rom und Wien nach der Neubildung der italienischen Regierung wieder aufgenommen werden. Der Wunsch, dem Konflikt in Südtirol die schärfsten Spitzen zu nehmen, besteht wohl auf beiden Seiten. Wenn Besonnenheit und Mäßigung zu Pate stehen, dürfte einiges zu Gunsten der Südtiroler zu erreichen sein. Würde Südtirol an innerer Selbstverwaltung gewährt werden, was andere Regionen in Italien schon bekommen haben, dann wäre der Spannung der Boden entzogen. Das scheint auf die Dauer die beste Lösung für Südtirol, Wien und Rom zu sein.

Der Kubel-Plan funktioniert

Entschädigung für die Inhaber von unrentablen Bauernhöfen

2) - Der niedersächsische Landwirtschaftsminister Kubel (SPD) hat einen hervorragenden Weg gefunden, um die Inhaber von unrentablen Bauernhöfen freiwillig zur Aufgabe ihrer Betriebe zu veranlassen. Seit einiger Zeit zahlt Kubel den Inhabern von sehr zeraplitterten oder mit Grenzflächen ausgestatteten Höfen Beihilfen bis zu 75 000 DM, wenn sie ihren Betrieb freiwillig verlassen. Mit diesem Geld können sich die jüngeren Bauern eine neue Existenz gründen. Für die Älteren ist dieser Betrag eine gute Altersversorgung.

Die freigewordenen Böden stehen, wenn sie von guter Qualität sind, zur Arrendierung anderer Betriebe zur Verfügung, so daß im Zuge der Flurbereinigung neue, lebenskräftige Familienhöfe entstehen. Die Grenzlandböden an den Hanglagen aber sollen aufgeforstet werden.

Der Kubel-Plan läuft erst drei Wochen, aber mehrere hundert Bauern haben sich bereits gemeldet, weil sie ihren Hof aufgeben möchten. Sie haben unumwunden erklärt, daß sie vor dem Hintergrund der modernen Agrarstruktur nicht mehr mithalten können und ihrer Frau und sich die großen körperlichen Anstrengungen einfach nicht mehr machen wollen. Diese Bauern waren auch nicht in der Lage, sich modernen Ackergerät zu kaufen, wobei dieses Gerät wegen der zerstreuten Agrarflächen auch gar nicht einsetzbar hätte verwendet werden können. Zudem waren die unrentablen Höfe oft verschuldet.

Nach einem ersten Plan wird damit gerechnet, daß 1 000 landwirtschaftliche Betriebe aufgegeben werden, wodurch ein großer Impuls für die Flurbereinigung möglich ist. Die Landesregierung in Hannover hat für diesen Plan vorerst fünfzehn Millionen DM bereitgestellt. Sie ist bereit, weitere Mittel in den Haushalt einzusetzen. In Niedersachsen hat ein neuer Weg zum rentablen Familienbetrieb beschritten werden.

* * *

"Zwischen Marxismus und Liberalismus ..."

Alte Weisen im spanischen Ständerparlament

2) - Jede Diktatur braucht eine parlamentarische Kulisse. Hitler hatte seinen einwärtigen Reichstag, Mussolini seinen Rat der Korporationen (Zünfte) und der schweigsame Herrscher Portugals, Oliveira Salazar, verfügt noch heute über eine derartige Versammlung.

Auch Spaniens Führer und Generalissimus Franco hielt es für nötig, ein Parlament zu schaffen, das sich zwar nicht durch Diskussionen und Beratungen wohl aber durch die Kürze seiner Tagungen und die Eile mit derer seine Zustimmung zu allen Vorlagen der Regierung auszeichnet. Allzu viel wird dabei gar nicht verlesen. Dafür gibt es gelegentlich feierliche Sitzungen mit offiziellen Ansprachen und Verteidigungen. Wenn die Cortes des Falange-Staates werden nicht etwa gewählt, sondern von verschiedenen vom Staat kontrollierten Gruppen benannt und in Absprache ergänzt. Neuerdings sind wieder 150 neue "Beauftragte" - so heißen die Parlamentarier im heutigen Spanien - benannt und bestätigt worden. Sie wurden feierlich vereidigt. Der seit acht Legislaturperioden amtierende Präsident der Cortes hielt dabei eine programmatische Rede und tags darauf der Staatschef selbst eine Ansprache.